

Zum neuen Jahr

Von Nationalpreisträger Prof. Dr. ARTHUR BAUMGARTEN, Berlin

Das neue Jahr 1954 stellt auch uns Juristen vor die Frage: Worin besteht unsere vordringlichste Aufgabe? Sie besteht, um es zusammenfassend zu sagen, darin, auf dem Weg, den wir seit dem neuen Kurs beschritten haben, mit noch größerer Entschiedenheit als bisher vorwärtszuschreiten. Auf zwei hohe Ziele ist der Wunsch und der Wille des deutschen Volkes vor allem gerichtet: auf einen einheitlichen demokratischen deutschen Staat und auf das Zustandekommen eines Friedensvertrages mit diesem. Beides hängt aufs engste zusammen. Nur ein friedliebender und daher notwendigerweise demokratischer, einheitlicher deutscher Staat hat Aussicht darauf, daß mit ihm ein Friedensvertrag abgeschlossen wird, und ein solcher Staat kann auch sicher sein, daß man ihm den Frieden nicht vorenthält. Umgekehrt: Bleibt Deutschland gespalten und wird diese Spaltung von den reaktionären Kreisen zur Verwirklichung der auf Aggression gerichteten Verträge von Bonn und Paris mit Erfolg ausgenutzt, dann droht Deutschland ein Krieg, der ein Bruderkrieg sein würde. Der Friede mit Deutschland aber ist nicht nur für das deutsche Volk, sondern für alle Völker von vitalem Interesse, denn er macht es unmöglich, daß der vom imperialistischen Block vorbereitete dritte Weltkrieg in Europa ausbricht, und er macht es höchst unwahrscheinlich, daß dieser Krieg überhaupt ausbricht. Daß ein Friedensvertrag mit Deutschland — wenn bei allen Konferenzteilnehmern der ehrliche Wille zur Verständigung vorhanden ist — nun endlich im Jahre 1954 zustande kommt, dafür gibt die neue sowjetische Note über die Einberufung der Außenministerkonferenz in Berlin eine ermutigende Perspektive. Sie erfüllt das deutsche Volk und darüber hinaus alle friedliebenden Menschen der ganzen Welt mit der Hoffnung, daß durch diese Konferenz eine Entspannung der internationalen Beziehungen herbeigeführt und die Gefahr des westdeutschen Militarismus gebannt wird.

Der Erfolg der Konferenz hängt aber auch davon ab, welche Vorbereitungen das deutsche Volk selbst zu ihrem Gelingen trifft. Es muß erreicht werden, daß in einer Sache, in der es um Deutschland geht, auch Vertreter des ganzen Deutschland zu Worte kommen und den deutschen Standpunkt vortragen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat schon seit Jahren unermüdlich in vorbildlicher Weise für Einheit und Frieden gewirkt. Sie hat immer wieder die Losung ausgegeben „Deutsche an einen Tisch“, und sie hat maßgebliche Stellen in Westdeutschland aufgefordert, eine provisorische gesamtdeutsche Regierung zu bilden und Verhandlungen über gemeinsame deutsche Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung einzuleiten.

Wie können wir Juristen die Bemühungen unserer Regierung am wirkungsvollsten unterstützen? Wir müssen die eben genannten Tatsachen in ihrem Zusammenhang in so helles Licht rücken, daß sie jedem Menschen, der guten Willens ist, einleuchten. Wir müssen an Hand des Völkerrechts und des Landesrechts das Recht der deutschen Nation und aller Nationen auf Selbstbestimmung, das Recht der Völker und der Individuen auf Frieden jedem eindringlich vor Augen führen; wir müssen die Rechtswidrigkeit der auf Aggression abzielenden Verträge, die der imperialistische Block zahlreichen Staaten zu oktroyieren sucht, die Rechtswidrigkeit aller Gewaltmaßnahmen gegen die Anhänger der Friedensfront überzeugender als bisher nachweisen. Gegenüber den skrupellosen, organisierten Angriffen auf unseren Staat und seine demokratischen Institutionen obliegt gerade uns Juristen der Schutz unserer Werktätigen und ihres friedlichen Aufbaus. Hier gilt es, unsere Gesetzlichkeit mit äußerster Wachsamkeit und Unnachgiebigkeit zu verwirklichen und durch überzeugende Entscheidungen bei den Werktätigen das Gefühl der Rechtssicherheit und das Vertrauen zu den Organen ihres Staates, des Staates der Arbeiter und Bauern, zu stärken. Auch der Kampf gegen die verhängnisvollen imperialistischen Ideologien, insbesondere gegen den amerikanischen Kosmopolitismus — diese Karikatur dessen, was man im 18. Jahrhundert unter Kosmopolitismus verstand — darf nicht nur sporadisch, sondern muß in kämpferischer Auseinandersetzung aufs schärfste geführt werden, wobei die gefährlichen praktischen Konsequenzen dieser Ideologien für das gesamte Rechtsleben in den kapitalistisch regierten Ländern gezeigt werden müssen.

Unsere Regierung unternimmt — wie allein die Reihe der bedeutungsvollen Maßnahmen des letzten halben Jahres beweist — alles, um mit Hilfe der demokratischen Massenorganisationen und aller Bürger den materiellen und kulturellen Aufbau zu fördern, der 1945 bei uns begonnen hat. In dem Maß, in dem wir uns durch den friedlichen Aufbau in unserer Republik in weiten Kreisen auch der westdeutschen Bevölkerung — selbst bei anfänglichen Gegnern — Achtung und Sympathie erwerben, nähern wir uns der Einheit und dem Frieden. Wir sind nicht der Ansicht, daß der neue gesamtdeutsche Staat ganz nach dem Muster der Deutschen Demokratischen Republik geformt sein wird, aber etwas von ihrem Geist, von den Ideen, die in ihr wirken und die grundlegend und für ganz Deutschland verbindlich im Potsdamer Abkommen niedergelegt sind, muß in ihm spürbar sein, muß das ganze, ihn schaffende Volk beleben — er wäre sonst nicht der friedliebende, demokratische Staat, den wir brauchen. Diese Sachlage stellt hohe Anforderungen an alle Bürger unserer Republik, nicht zum wenigsten an die Juristen, denn der juristische Überbau ist bekanntlich der Basis gegenüber nie neutral. Seine aktive Rolle wird um so stärker hervortreten, je vollkommener unsere Rechtswissenschaft die objektiven gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten erkennt und im engsten Zusammenwirken mit der Rechtspraxis unser Recht diesen Gesetzmäßigkeiten anpaßt.

Über der Beschäftigung mit der nationalen Frage, die für uns im Vordergrund des Interesses steht, dürfen wir nicht versäumen, die internationale Situation im Auge zu behalten. Die gesamte Tätigkeit der fortschrittlichen Juristen aller Länder steht heute letztlich unter dem Wahrzeichen der Erhaltung des Weltfriedens, eines Friedens, der in unserer Zeit nicht nur die Rettung vor einer unerhörten Katastrophe bedeutet, sondern die schönsten Verheißungen für die Zukunft der Menschheit in sich trägt.

Das sind — im allgemeinsten Umriß — die Pläne, mit denen wir Juristen der Deutschen Demokratischen Republik in das neue Jahr eintreten: die Vorzeichen für ihre Verwirklichung sind günstig.